

Ideologie und Pragmatik in der Wissenschaftsorganisation Der 22. Internationale Kongress für Psychologie 1980 in der Deutschen Demokratischen Republik

(vorgetragen in der Plenarsitzung am 18. Juni 2010)

WOLFGANG SCHÖNPFLUG

Die Deutsche Demokratische Republik war ein Ein-Parteien-Staat sozialistischer Prägung, der auch wissenschaftliche Fächer in sein Herrschaftssystem einbezog. Dies hat für das Fach Psychologie der vorangehende Beitrag von Lüer dargestellt¹. Welche Auswirkungen hat die Eingliederung einer wissenschaftlichen Disziplin in einen Ein-Parteien-Staat? Dies untersucht der vorliegende Beitrag anhand des Falles des 22. Internationalen Kongresses für Psychologie, der 1980 in Leipzig stattfand. Insbesondere soll dargestellt werden, (1) wie sich die Kontrolle vonseiten der Partei und des Staates in der Organisation des genannten Kongresses fortsetzte, (2) wie die Staatspartei den Kongress programmatisch zur Demonstration für ihre Politik zu nutzen versuchte. Beides, das Eingreifen des Staates in die Kongressvorbereitung und die Ambitionen der Partei zur Programmgestaltung, beruhten auf demselben Glauben, nämlich im Besitz einer einzigen Wahrheit zu sein und allein im Recht – und zudem den historischen Auftrag zu haben, Wahrheit und Recht in aller Welt zu verbreiten. Zur Kennzeichnung eines solchen intransigenten, eigene Positionen überbewertenden und allzu oft weltfremden Denkens wird im Folgenden der Begriff der Ideologie benutzt.

Es wird weiterhin darzustellen sein, (3) wie ideologische Vorstellungen den Erfolg des Leipziger Kongress gefährdet haben. Daraus ergibt sich die Frage: Wenn Ideologie vor der Wirklichkeit versagt, wird dann an der Ideologie festgehalten, auch um den Preis des Scheiterns? Oder wird die Ideologie aufgegeben, um einem Scheitern zu entgehen? Für eine Orientierung, der es nicht um Überzeugungen geht, sondern um den Erfolg des Handelns,

¹ Lüer, Gerd (2011). Die Gründung einer wissenschaftlichen Gesellschaft in der DDR und die von der Politik auferlegten Restriktionen. Jahrbuch der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen (dieser Band). Göttingen.

wird der Begriff der Pragmatik gewählt.² Es soll geschildert werden, (4) wie eine pragmatische Haltung ideologische Ansprüche zurückdrängte und damit den Erfolg des untersuchten Fachkongresses sicherte. Das Verhältnis von Ideologie und Pragmatik – ihr Neben-, Gegen- oder Miteinander – in einem Ein-Parteien-Staat sozialistischer Prägung ist somit das zentrale Problem, das am Fall des 22. Internationalen Kongresses für Psychologie 1980 in Leipzig erkundet werden soll.

1. Kongressorganisation

Die heiße Phase der Kongressvorbereitung begann 1976 – vier Jahre vor Kongressbeginn – mit dem Beschluss des Ministerrates, d. h. der Regierung der DDR: „Für die einheitliche staatliche Leitung der politischen, wissenschaftlichen und organisatorischen Kongreßvorbereitung ist der Minister für Hoch- und Fachschulwesen verantwortlich.“^{3, 4} Damit nahm die Regierung formell und uneingeschränkt die Kontrolle über die geplante wissenschaftliche Veranstaltung in Anspruch und übertrug sie zugleich an eines ihrer Mitglieder. Dies geschah auf Vorschlag und mit Zustimmung der Einheitspartei der DDR. Die Entscheidungskompetenz bezüglich des Kongresses ging freilich mit dem Beschluss des Ministerrates keineswegs von der Partei auf den Minister über. Vielmehr fungierte der Minister als ausführendes Organ des Zentralkomitees der SED. Die gesamte Organisation sowie die personelle Besetzung der wichtigsten Gremien war von der Abteilung Wissenschaften (Leiter: Johannes Hörnig) des Sekretariats für Kultur und Wissenschaft (Sekretär und Mitglied des Zentralkomitees: Kurt Hager) vorgegeben. Die Abteilung Wissenschaften verfolgte sämtliche Vorgänge der Kongressvorbereitung und nahm aktiv an ihnen teil.

Der mit der Kongressvorbereitung betraute Minister für Hoch- und Fachschulwesen war Professor Hans-Joachim Böhme. Böhme richtete ein Netz von Vorbereitungsgremien ein: (1) das Nationale Vorbereitungs-

² Die Begriffe „Ideologie“ und „Pragmatik“ werden in bildungssprachlicher Bedeutung benutzt. Es wird weder auf die Fülle (auch positiver) Bedeutungen des Begriffs „Ideologie“ in seiner Geschichte eingegangen noch auf die Spezifikation des Begriffs „Pragmatik“ innerhalb der Wissenschaftssystematik.

³ Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, DC 20/ I 4, 3837, Bl. 13–16, 52–53. Präsidium des Ministerrats der DDR. Beschluß über die Vorbereitung des XXII. Internationalen Kongresses für Psychologie 1980 in der DDR vom 20. 7. 1977.

⁴ Die Fußnoten geben ausgewählte Literaturhinweise sowie die Quellen wörtlicher Zitate aus Archivalien. Eine komplette Liste der berücksichtigten Literatur sowie der benutzten Archivalien wird enthalten: Schönplüg, Wolfgang & Lüer, Gerd (in Vorbereitung). Wissenschaft zwischen Ideologie und Pragmatismus.

komitee mit dem Minister selbst als Vorsitzendem. Das Nationale Vorbereitungskomitee versammelte Vertreter von Ministerien – Gesundheit, Kultur, Auswärtige Angelegenheiten, Post- und Fernmeldewesen, Vertreter der Stadt und des Bezirks Leipzig sowie psychologische Fachwissenschaftler – insgesamt 23 Personen. Sodann berief der Minister (2) ein Wissenschaftliches Vorbereitungskomitee. Das Wissenschaftliche Vorbereitungskomitee bestand aus fünf Fachvertretern. Jeder der fünf Fachvertreter hatte eine eigene Zuständigkeit. Drei von ihnen hatten spezifische Verantwortungsbereiche: einer für das Programm, einer für die Organisation und einer für die Öffentlichkeitsarbeit. Zwei trugen übergreifende Verantwortung – einer als Kongresspräsident, einer als Generalsekretär. Das Wissenschaftliche Vorbereitungskomitee war dem Nationalen Vorbereitungskomitee unterstellt.

Unter der Leitung der drei Mitglieder des Wissenschaftlichen Komitees mit spezifischer Zuständigkeit wurden (3) drei Fachkommissionen gebildet – ein Programmkomitee, ein Organisationskomitee und eine Kommission für Öffentlichkeitsarbeit. Die Mitglieder des Organisationskomitees berief der Minister ebenfalls, die Mitglieder des Programmkomitees hatte bereits vorab das Zentralkomitee der SED benannt. Sechs Wochen vor Kongressbeginn erweiterte sich das Wissenschaftliche Vorbereitungskomitee (4) zur Kongressleitung; es blieb weiterhin dem Nationalen Vorbereitungskomitee unterstellt. Der Kongressleitung gehörten zusätzlich Vertreter des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen sowie der Stadt und der Universität Leipzig an.

Zugleich mit dem Nationalen Vorbereitungskomitee und ebenfalls auf Vorschlag der Abteilung Wissenschaften des Zentralkomitees der SED berief der Minister für Hoch- und Fachschulwesen (5) einen Wissenschaftlichen Rat für Psychologie. Dieses Gremium bestand aus Fachvertretern der Landesuniversitäten und einiger Forschungseinrichtungen. Wozu noch ein Wissenschaftlicher Rat? Wissenschaftliche Räte waren in der DDR Planungs- und Entwicklungsgremien. Aus der langfristigen Perspektive des Faches war die Gründung des Wissenschaftlichen Rates für Psychologie ein lange erstrebter Fortschritt, weil er dem Fach in dem Prozess der staatlichen Planung eine vernehmbare Stimme gab. Begründet wurde die Einrichtung des Rates freilich mit der kurzfristigen Perspektive, für eine angemessene wissenschaftliche Repräsentation der DDR beim Internationalen Kongress sorgen zu müssen. Der Rat sollte dazu Forschung koordinieren und Kader rekrutieren. So veranstaltete er mehrere Konferenzen, bei denen Kongressvorträge geprobt und evaluiert wurden; einmal organisierte er auch eine zweiwöchige politische Schulung für Kongressteilnehmer aus der DDR, de-



Abbildung 1: Gremien zur Vorbereitung des 22. Internationalen Kongresses für Psychologie 1980 in Leipzig

ren erste Hälfte von Dozenten der Akademie für Gesellschaftswissenschaften des Zentralkomitees der SED bestritten wurde. Die damit geschaffene formelle Organisationsstruktur zur Vorbereitung des 22. Internationalen Kongresses für Psychologie in Leipzig stellt Abbildung 1 dar.

2. Zielsetzungen für den Kongress – Ideologie

Die SED, welche den staatlichen Einfluss auf den Kongress zu sichern versuchte, verfolgte damit vor allem fünf Ziele: (1) Der Kongress sollte im Vergleich zu seinen Vorgängern eine erstklassige Veranstaltung werden – mit zahlreichen zufriedenen Besuchern aus Ost und West. (2) Der Kongress sollte hohe Einnahmen an westlichen Devisen bringen. Diese beiden Ziele erscheinen zunächst nicht als sonderlich politisch oder gar der Ideologie verdächtig. Doch ist ihr zeitgeschichtlicher Zusammenhang zu bedenken. In den 1970er Jahren warb die DDR im Westen für ihre völkerrechtliche Anerkennung; dabei belastete sie ihr Ruf als Unrechtsstaat mit drakonischem Grenzregime. Eine gelungene wissenschaftliche Großveranstaltung mit Teilnehmern aus aller Welt versprach einen Gewinn an Sympathie, der politischen Kredit verschaffen würde. Und an so genannten Valutamark, d. h. Devisen aus dem Westen, bestand in dem Staat, dessen wirtschaftliche Schwierigkeiten sich auch im Außenhandel niederschlugen, ein anhaltend hoher Bedarf.

Drei weitere Ziele waren unmittelbar als politische erkennbar: (4) der Auftrag, „[. . .] alle Kräfte daran setzen, zu dokumentieren, wie auf der

Grundlage der Weltanschauung der Arbeiterklasse, der marxistisch-leninistischen Philosophie, die großen progressiven Traditionen in der Wissenschaftsgeschichte bewahrt, aufgehoben und in Einheit mit den gesellschaftlichen Zielen des sozialistischen Aufbaus und seiner kommunistischen Perspektive weiterentwickelt werden.“⁵ Es sollte also das wissenschaftlich intendierte Programm zur Propagierung sozialistischer Politik und Weltanschauung dienen. Im Zusammenhang mit dem Ziel der Propaganda wollte man (4) eine starke Beteiligung von Teilnehmern aus dem Ostblock erreichen, eine paritätische Verteilung von Beiträgen aus Ost und West sowie eine Begrenzung der Zahl der sonst bei Psychologenkongressen dominierenden Amerikaner. (5) sollte Bürgern aus politisch verfeimten Staaten die Teilnahme ganz verwehrt werden – aus Südafrika wegen der dortigen Rassenpolitik, aus Israel wegen dessen Palästinalpolitik, aus Chile wegen der Pinochet-Diktatur sowie aus Taiwan wegen dessen Unbotmäßigkeit gegenüber der Volksrepublik China.

3. Grenzen der Ideologie – Pragmatik

Es hat sicher viele in der DDR gegeben – nicht zuletzt Wissenschaftler –, die der Parteiideologie ihre liberale Gesinnung entgegensetzten. Aber gescheitert sind jedenfalls die ideologisch begründeten Forderungen gegenüber dem Leipziger Kongress letztlich nicht an innenpolitischen Widerständen, sondern an ihrer Realitätsferne. Der Wunsch, einen großen internationalen Kongress für Psychologie zu einer Propagandaveranstaltung für Sozialismus zu machen, war unrealistisch. Achtbare psychologische Beiträge, die sich für den Marxismus-Leninismus ins Zeug legten, wurden – auch aus Ländern des Ostblocks – nicht annähernd in ausreichender Zahl eingereicht. Hätte man jedoch Parteitagsreden ohne wissenschaftliche Fundierung ins Programm aufgenommen, hätte man westliche Besucher abgeschreckt. Hätte man gar westliche Teilnehmer diskriminiert oder einzelne Länder ganz ausgeschlossen, wären die Anmeldungen aus aller Welt drastisch zurückgegangen; möglicherweise wäre der Kongress dann ganz boykottiert worden. Wenn man also einen wissenschaftlich erstklassigen Kongress mit stattlicher internationaler Beteiligung zustande bringen wollte, wenn man Schweizer Franken, Kanadische Dollar und Deutsche Mark in Millionenhöhe einnehmen wollte, dann musste man die übliche offe-

⁵ Humboldt-Universität zu Berlin, Archiv, Bestand Gesellschaft für Psychologie der DDR 785/181.5. Wissenschaftliche Konzeption zur Vorbereitung des XXII. Internationalen Kongresses für Psychologie (ICP) 1980 in der DDR, bestätigt am 12. 7. 1977.

ne Ausschreibung von Kongressbeiträgen vornehmen, Anmeldungen großzügig ins Programm aufnehmen und alle, die zum Kongress nach Leipzig einreisen wollten, freizügig ins Land einreisen lassen. Und aus pragmatischer Sicht waren nur wissenschaftliche Qualität, starke internationale Beteiligung und Wirtschaftlichkeit als Organisationsziele zu rechtfertigen. Ideologisch und pragmatisch begründete Ziele schlossen sich dabei aus. Es stellte sich also die Frage: Was sollte sich als stärker erweisen – Ideologie oder Pragmatik?

Wer nur erzählt, wie eine Geschichte ausgegangen ist, der verschweigt ihren oft dramatischen und konflikthaften Verlauf. Trotzdem sei hier nicht auf den zeitweise verwickelten Fortgang der Kongressvorbereitungen eingegangen und nur ihr wirklich gutes Ende berichtet. Die Partei gab sich mit der symbolischen Erfüllung einiger ihrer Forderungen zufrieden – etwa die paritätische Verteilung der Symposiumsleitungen auf Ost und West. Ministerium und SED-Sekretariat betonten ihrerseits pragmatische Erfolge, die große Zahl von 4000 Teilnehmern sowie die – wie es hieß – „Devisenintensität“ des Kongresses. Die Politik tastete das Programm nicht an; es entsprach vollauf wissenschaftlichen Maßstäben. Und damals schier unglaublich: Wer an der Grenze eine Kongressanmeldung vorweisen konnte, erhielt ein Einreisevisum – ohne weitere Überprüfung und ohne Einreiseantrag im Herkunftsland.

In der Geschichte, deren Verlauf hier nicht mehr wiedergegeben werden kann, agierten mehrere Gruppen: Wissenschaftler in der schon im vorangehenden Beitrag von Lüer behandelten International Union of Psychological Science, DDR-Psychologen, Funktionäre in der Akademie der Wissenschaften, den Ministerien und in der SED selbst. Klar, dass die Psychologen aus der DDR mit ihren Kollegen in der Internationalen Union auf pragmatische Lösungen drängten. Ein Hort der Ideologie befand sich wohl im Büro für wissenschaftliche Gesellschaften der Akademie. Aber beachtlich ist, dass Partei und Behörden im Ganzen schließlich den pragmatisch geforderten Lösungen zustimmten. Ja, die widerständige Akademie wurde von der Parteispitze selbst ausgebootet – wie dies Lüer im vorangehenden Beitrag ebenfalls beschrieben hat. In der Partei herrschte also nicht allein Ideologie, auch Pragmatik hatte dort eine Chance.

Wie bewährte sich Pragmatik bei der Kongressorganisation? Das Kongressprojekt war eine ganz unsichere Mission bei all den Zwängen und Engpässen, die in der DDR herrschten. Da half mitunter kein Minister und nicht einmal ein Sekretär des Zentralkomitees. Ein Beispiel möge dies verdeutlichen. Ein Kongresssekretariat, das tausende Wissenschaftler zu betreuen hat, braucht Bürogerät, in den 1970er Jahren mindestens eine elektri-

sche Schreibmaschine und ein Kopiergerät. Das wollten selbstverständlich andere auch, und so war es taktisch ein kluger Antrag der Psychologen, die Geräte bei der Akademie der Wissenschaften der DDR für einen zentralen Pool zu beantragen – ausleihbar für Sekretariate, die gerade große Kongresse zu betreuen hätten. Die Akademie reagierte offenbar nicht, und so stellte für die Psychologen das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen einen Antrag auf Bürogeräte beim Präsidium des Ministerrats. Dem widersprach freilich die Staatliche Planungskommission. Der Ministerrat beschloss daraufhin die „zeitweilige Nutzung der Schreib- und Kopiertechnik im Bereich des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen“.⁶ Das wäre nicht nur unpraktisch gewesen, die Mitarbeiter des Ministeriums hätten sich bestimmt auch dagegen gesträubt, ihre wertvollen und reparaturanfälligen Geräte fremden Nutzern zu überlassen. Kurz: Im Sommer 1978, zwei Jahre vor Kongressbeginn, war eine Lieferung von Schreib- und Kopiergeräten nicht abzusehen. Danach enden die Aufzeichnungen über die Beschaffung einer Büroaustattung. Aber es enden auch die Klagen über deren Fehlen. Zeitzeugen erinnern sich dagegen mit Stolz an vorzügliche Schreib- und Kopiergeräte im Kongresssekretariat. Die Erklärung eines Zeitzeugen, es sei aus der Parteispitze ein außerplanmäßiger Import aus dem Westen verfügt worden, ist falsch. Es war nämlich folgendes zu ermitteln: Als die Not am höchsten war, reiste der Generalsekretär des Kongresses nach München und traf sich dort mit dem Schatzmeister der Internationalen Union. Der Schatzmeister stellte dem Generalsekretär knapp 5.000 USD zur Vorfinanzierung zur Verfügung, wovon dieser zwei IBM-Schreibmaschinen und einen gebrauchten Xerox-Kopierer kaufte. Offensichtlich war das System an seine Grenze gestoßen. Es herrschte einer dieser empfindlichen Versorgungsmängel, und weder die Partei noch eine staatliche Instanz war imstande, den Mangel zu beheben. Man brauchte dazu Hilfe von außen.

Das ist allerdings der einzige belegbare Fall, in dem Partei und Staat sich bei der Kongressvorbereitung als hilflos erwiesen. In anderen Fällen waren sie sehr wohl effektiv – aber in welchem Sinne? Dies sei wieder an einem Beispiel erläutert. Während der Kongresswoche war eine größere sowjetische Delegation in einem Studentenheim am Rande der Stadt untergebracht. Die Teilnehmer aus dem Westen logierten dagegen in den alten Nobelhotels am Leipziger Stadtring. Die Besucher aus dem Westen zahlten nämlich in Devisen, die Sowjets nahmen eine Einladung wahr. Zum Aus-

⁶ Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, DC 20 I/4 – 4036 Bl. 1–16. Präsidium des Ministerrats. Beschluß zur Sicherung der politischen, wissenschaftlichen und organisatorischen Vorbereitung und Durchführung des XXII. Internationalen Kongresses für Psychologie 1980 vom 23. 3. 78.

gleich bekamen die Sowjets einen Shuttle-Bus. Freilich waren Fahrzeuge in der DDR knapp. Es musste also ein Bus aus dem Umland abgezogen werden. Zur besseren Veranschaulichung sei angenommen, das sei ein Bus aus Pirna gewesen, der sonst für den Transport von Arbeitern zum Abbau von Quecksilber eingesetzt wurde. Da entstand ein Interessenkonflikt. In dem Interessenkonflikt musste jemand entscheiden, und nur eine Instanz hatte dazu die nötige Autorität – die Partei. Die Partei tendierte dazu, ihre Entscheidung politisch zu begründen. So wurde aus der praktischen Frage: Fährt der Bus für die Russen oder die Arbeiter? die grundsätzliche Frage des Primats der Außenpolitik. Solche Fällen zeigen: Die DDR war eine Mangelgesellschaft, und eine wichtige Rolle der Partei bestand darin, knappe Waren und Dienste zuzuteilen. Damit hat sie sich auch um den Leipziger Kongress verdient gemacht. Sie teilte den Kongressorganisatoren Papierkontingente, Druckkapazitäten, Fleischportionen und Konzertplätze zu, die sonst in andere Hände gelangt wären.

Systemkritisch kann man sagen: Der Sozialismus hat mit seiner Planwirtschaft andauernde Versorgungsengpässe hervorgebracht – und dabei war viel Ideologie im Spiel. Knapp vorhandene Güter denen zuzuteilen, die den besten Gebrauch davon machen, das wäre aus pragmatischer Sicht ein zu lobender Ansatz. Und Wissenschaftler werden sich unschwer auf die Einschätzung einigen, der Leipziger Kongress sei ein guter Zweck gewesen, der die bevorzugte Zuteilung von Mitteln verdient habe. Die Kumpel in Pirna, die ohne ihren Bus auskommen und vielleicht auch mit kleineren Fleischportionen vorlieb nehmen mussten, mögen da anderer Meinung gewesen sein.

4. Zum Verhältnis von Ideologie und Pragmatik

Partei und Regierung der DDR traten also bei der Kongressvorbereitung in zweifacher Funktion in Erscheinung. Zum einen beanspruchten sie Kontrolle über den Kongress, insbesondere über dessen Programm und dessen Teilnehmer – ein unverkennbarer Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit. Zum anderen teilten sie dem Kongress knappe Mittel zu, begaben sich also in die Fürsorgepflicht für das wissenschaftliche Unternehmen. Die oben dargestellte und in Abbildung 1 veranschaulichte Organisationsstruktur spiegelt vor allem die Kontrollfunktion wider. Im Hinblick auf die Mittelzuteilung ergibt sich eine andere Organisationsstruktur.

Die tatsächliche Macht der staatlichen Lenkung darf man nicht überschätzen. In Wirklichkeit hatten die Fachvertreter das Heft in der Hand. Da

stand Machtelite gegen Funktionseelite. Die führenden DDR-Funktionäre stammten noch aus der Gruppe der so genannten Arbeiterveteranen; sie waren wegen ihrer so genannten antifaschistischen Gesinnung berufen und in ihrem Parteiapparat sozialisiert worden. Fachliche Bildung war ihre Sache nicht; sie waren unsicher gegenüber Intellektuellen. Wenig weltläufig und wenig sprachgewandt, sahen sie Ausländer insbesondere aus dem Westen durch den Filter eines Feindbildes; sie waren gegenüber Fremden unbeholfen und misstrauisch. Anders die psychologischen Fachvertreter. Sie gehörten bereits jener Gruppe an, die man in der DDR „Neue Intelligenz“ nannte. Sie hatten ihre akademische Ausbildung nach dem Krieg genossen, und zumindest einige wenige verfügten über internationale Erfahrungen und über die nötigen Fremdsprachenkenntnisse. Zugleich hatten sie die obligaten politisch-weltanschaulichen Schulungen absolviert, waren zumeist der SED beigetreten und genossen das Vertrauen der politischen Funktionäre. Psychologische Fachvertreter aus diesem Kreis hatten die Kongresseinladung betrieben und wurden nun maßgeblich bei dessen Vorbereitung und Durchführung tätig.

Insbesondere den fünf Fachvertretern, die in das Wissenschaftliche Vorbereitungskomitee berufen waren, fiel eine zentrale Rolle zu. Sie konnten fachintern Aufträge an drei Arbeitsgruppen geben, die ihnen unmittelbar zugeordnet waren: das Programm- und das Organisationskomitee sowie die Kommission Öffentlichkeitsarbeit. Die fünf Zentralpersonen konnten die wichtigsten in Leipzig Verantwortlichen erreichen, als sich das Wissenschaftliche Vorbereitungskomitee zur Kongressleitung erweiterte. Zudem gehörten die Fünf dem Wissenschaftlichen Rat an, in dem sie ihre Kollegen aus allen Universitätsinstituten versammelten. Wie stand es aber mit dem Nationalen Vorbereitungskomitee, das dem Wissenschaftlichen Vorbereitungskomitee vorgeordnet war? Da dominierten nach ihrer Zahl und ihren Machtbefugnissen Regierungs- und Behördenvertreter. Aber die zentralen Fünf hatten auch im Nationalen Komitee Sitz und Stimme, und sie gaben dort durchaus den Ton an.

Was sich also zunächst als Hierarchie darstellte (s. wieder Abbildung 1), funktionierte wohl eher als Sternstruktur, wie sie Abbildung 2 darstellt. Das Wissenschaftliche Vorbereitungskomitee bildete den Kern der Entscheidungsstrukturen. Es ergänzte sich um weitere Wissenschaftler zum Wissenschaftlichen Rat, wenn es um Forschungsförderung und andere Fragen der Psychologieentwicklung ging. Es ergänzte sich um lokal Verantwortliche, wenn es in Leipzig um administrative und praktische Fragen der Kongressdurchführung ging. Wenn es aber um die politischen und die praktischen Probleme der Kongressvorbereitung ging, ergänzte sich das

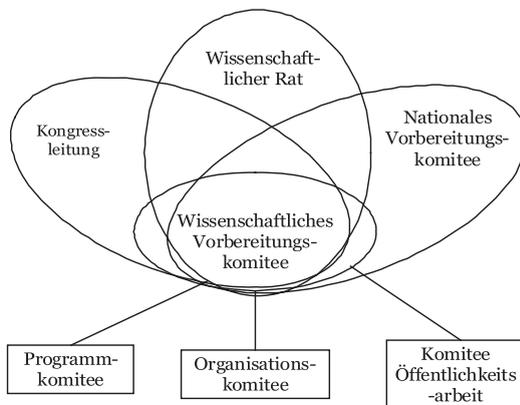


Abbildung 2: Das Wissenschaftliche Vorbereitungskomitee als Zentrum der Organisationsstruktur

Wissenschaftliche Vorbereitungskomitee um Staatsvertreter bis hin zum Minister selbst. Zugespitzt könnte man sagen: Die fünf zentralen Fachvertreter aus dem Wissenschaftlichen Vorbereitungskomitee machten sich im Nationalen Vorbereitungskomitee Staat und Partei zu ihrem Instrument.

Der formalen Hierarchie zum Trotz soll die Zusammenarbeit recht kollegial gewesen sein, wenn es um die Lösung konkreter Probleme ging. Ja, angesichts des Kompetenzgefälles zwischen Wissenschaft und Politik kehrte sich die formal vorgegebene Hierarchie mitunter um. Man musste zwar die Form wahren: Es waren stets das Zentralkomitee und das Ministerium, welche so genannte Festlegungen trafen. Aber man konnte sich seine Direktiven sozusagen „oben“ bestellen. Oder wie ein Beteiligter das ausdrückte: „[. . .] da ist ja Manches, was man als Parteivorgabe zurückkriegt, ein Produkt der eigenen Vorbereitung. [. . .] Die Parteivorgabe war nichts Externes, es war auch ein Stück selbstgestaltete Realität.“ So verschafften sich die Fachvertreter Mitsprache- und Vorschlagsmöglichkeiten, konnten sogar – wie diplomatisch auch immer – Widerspruch einlegen. So bereiteten sie der Pragmatik den Weg und drängten Ideologie zurück.

Aus dieser Sicht waren die psychologischen Fachvertreter in der DDR die Agenten der Pragmatik. Allerdings hätten sie nichts ausgerichtet, wenn sie nicht Verständnis und Unterstützung in Partei und Regierung gefunden hätten. Das wäre ein bemerkenswerter Befund: Auch in der Partei gab es einen pragmatischen Flügel. Der Befund steht nicht allein. Andrew Port hat in einer eingehenden Studie zur Arbeiterschaft einer thüringischen Kleinstadt von erstaunlichen Konzessionen berichtet, welche Parteifunktionäre

mitunter in Abweichung von der offiziellen Linie gemacht haben. Port erklärt dies mit der anhaltenden Instabilität der DDR, die sich auch in der untersuchten Region gezeigt habe. Unzufriedenheit und Verweigerung bis hin zum – legalen oder illegalen – Verlassen des Landes seien Symptome einer Dauerkrise gewesen. Parteifunktionäre hätten Forderungen aufgeben oder das Nichterfüllen von Forderungen hinnehmen müssen, um die Lage zu stabilisieren.⁷ Diese Erklärung der Vorgänge aus der Arbeitswelt trifft wohl auch auf den vorliegenden Fall aus der Wissenschaft zu. Auch unter Wissenschaftlern drohte Unruhe; Kritik an der Politik des Landes kam auch aus der Wissenschaft, selbst und mitunter gerade von treuen Gefolgsleuten der Partei. Das Scheitern eines hoffnungsvollen internationalen Kongresses aus ideologischen Gründen hätte bei Vertretern der Psychologie erhebliche Erbitterung gegenüber den Machthabenden ausgelöst. Um diesen destabilisierenden Impuls zu vermeiden, waren Partei und Staat zu Konzessionen bereit.

Pragmatik wirkt in dieser Deutung als Ausgleichsmechanismus. Einerseits tritt sie als Gegenspielerin der Ideologie auf; sie hält jene in Schranken. Andererseits dient Pragmatik der Ideologie als Schutzschild; indem Pragmatik Ideologie in Schranken hält, bewahrt sie jene vor dem Unmut der Bürger. Gleichwohl ist die DDR am Zorn ihrer Bürger zugrunde gegangen. Diese waren wohl nicht nur der herrschenden Ideologie überdrüssig, sondern wollten sich auch nicht länger mit pragmatischen Zugeständnissen beschwichtigen lassen.

⁷ Port, Andrew I. (2007). *Conflict and Stability in the German Democratic Republic*. New York: Cambridge University Press.